

# Subjekte der Emanzipation

Inhalt:

1.	Veränderte Rahmenbedingungen.....	1
2.	Traditionelle Akteure .....	5
2.1	Linke Parteien.....	5
2.2	Gewerkschaften.....	10
2.3	Neue soziale Bewegungen.....	13
3.	Die „neuen“ Subjekte der Emanzipation .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
3.1	Neue Bündnisse - der WSF-Prozess.....	15
3.2	Der offene Raum der Sozialforen .....	16

## 1. Veränderte Rahmenbedingungen

Die gegenwärtige Welt ist gekennzeichnet von einer Vielzahl von Globalisierungstendenzen, die sich in verschiedenen Teilen der Welt sehr unterschiedlich bemerkbar machen und auf die verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Globalisierungsstrategien reagieren. Eine, den Gesamtprozess prägende Tendenz, ist die der neoliberalen Kommodifizierung unter den Bedingungen einer postfordistischen Gesellschaft. Die Welt wird zur Ware, d.h. tendenziell werden alle gesellschaftlichen Bereiche (von Bildung, Kultur und anderen bislang unentgeltlichen oder subventionierten öffentlichen Angeboten und Diensten) bis hin zur Psyche der Subjekte dem Wert- und Kapitalverhältnis unterworfen. Der Prozess der radikalen Durchkapitalisierung der Gesellschaft mit seiner Tendenz eines immer weiter totalisierenden Vergesellschaftungszusammenhangs erfasst auch immer mehr Menschen, die bisher in diesem nicht unmittelbar integriert waren. Zugleich wächst an seinen Rändern, die Zahl jener, die von jeglicher Integration ausgeschlossen sind. Die Zahl der abhängig Arbeitenden hat sich zwischen 1970 und 2000 fast verdoppelt; sie umfasst ungefähr die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung, eine Dynamik, die insbesondere in Asien (China!) stattfindet. Allein der Anteil abhängig arbeitenden Frauen stieg in dieser Zeit von 33 auf 40 Prozent.<sup>1</sup>

Gleichzeitig vollziehen sich tief greifende wirtschaftliche, soziostrukturelle, politische, soziokulturelle Umbrüche, die verbunden sind mit gravierenden Umbrüchen von Arbeitsprozessen und -strukturen und der Erosion von Beschäftigungsverhältnissen zugunsten von Deregulierung, Flexibilisierung, Prekarisierung und working poor. Den gegenwärtigen Weltmarktprozessen ist ein Selektionsmechanismus eigen, der die Ungleichheit der Potentiale, Vorteile und Chancen notwendig verstärkt.<sup>2</sup> Extreme räumliche und soziale Segregation kann nicht mehr durch Homogenisierung der Lohnarbeiterschaft im Rahmen von Normalarbeitsverhältnissen einer fordistisch geprägten Arbeitsgesellschaft verhindert werden. Diese löst sich auf und mit ihr kollektivvertraglich geregelte, sozial abgesicherte, abhängige Vollbeschäftigung unter Wahrung eines Mindestniveaus und arbeits- bzw. sozialrechtlich stabilen Rahmenbedingungen. Es kommt zum Verfall arbeitsrechtlicher und tariflicher Standards und zur Erosion der Mechanismen sozialer Sicherung, deren Voraussetzung lebenslange stabile Vollzeitbeschäftigung ist. Fragmentierte und ausdifferenzierte gesellschaftliche und individuelle Entwicklungen werden zur Normalität und führen zur politischen und sozialen Spaltung in den Arbeits- und Lebensbedingungen. Parallel zu all dem vollzieht sich die Auflösung der Kernfamilie, die Entwicklung globaler Metropolen, Heterogenisierung und Pluralisierung der Räume.

---

<sup>1</sup> Frank Deppe (2003) Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert. Z Zeitschrift für Marxistische Erneuerung S. 54

<sup>2</sup> Hannsgeorg Conert (Z) Kapitalistische Entwicklung und politisch-emanzipatives Handeln heute.

Vor allem die Zugehörigkeit zum Erwerbssystem entscheidet über Möglichkeiten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Partizipation, über Integration, Verletzbarkeit, Marginalisierung oder Exklusion. Exklusion selbst vollzieht sich über private Informalisierung oder über staatliche Unterstützung. Es entsteht ein neuer, politisch jedoch noch nicht wirksamer Block der Subalternen, zu dem vier Gruppen gehören: An seiner Spitze sind Fraktionen der lohnabhängigen Mittelklasse und aristokratische Facharbeiterschichten mit hohen Qualifikationen, sicheren Arbeitsplätzen, und hohem Einkommen. Sie arbeiten in den innovativen Zukunftsbranchen, gehören zu den sog. Informationsarbeitern, sie sind Mitglieder neuer sozialer Bewegungen, sind Gewinner des Postfordismus. Der Zwang zu extremer Flexibilität und Mobilität vergrößert nicht nur ihre Verwendbarkeit als Arbeitskräfte, sondern zugleich ihre Fähigkeit zu politisch-sozialer Selbstbestimmung und Autonomie.<sup>3</sup> Unter dem Diktat der Inwertsetzung werden jedoch Selbstorganisation, Selbstkontrolle und Autonomie zu Formen der Selbstentmündigung und Selbstausbeutung. Zudem wird wachsende Individualität auf Funktionalität reduziert.<sup>4</sup>

Eine weitere Gruppe ist der industrielle Kern der Arbeiterklasse, deren untere Schicht die Verlierer des Postfordismus sind. Die Beschäftigungsverhältnisse dieser Gruppe stellen sich zwar als relativ stabil dar, aber gerade sie trifft die Durchsetzung von Flexibilisierung der Arbeits- und Leistungsbereitschaft, die Deregulierung der Arbeitsnormen und -bedingungen, Reallohnneinbußen und die permanente Tendenz der „Freisetzung“ von Arbeitskräften. Die damit erzeugte soziale Verunsicherung der noch Beschäftigten schwächt ihre Bereitschaft, Forderungen zu stellen und in betrieblichen oder gewerkschaftlichen Konflikten durchzusetzen – eine der Ursachen der tiefen Krise der Gewerkschaften.

Als dritte Gruppe entwickelt sich ein Dienstleistungsproletariat mit unterqualifizierten, schlecht bezahlten, oft nur teilzeitbeschäftigten Angestellten. Oft sind es Frauen, oft Farbige, besonders MigrantInnen, die im Dienstleistungssektor unter prekären Bedingungen arbeiten. Prekarisierung ist inzwischen nicht mehr nur das Problem wachsender Randgruppen, sondern ein Phänomen, das alle treffen kann. So ist der Anteil von ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnissen an gesamtgesellschaftlicher Erwerbsarbeit inzwischen zu einem Massenphänomen geworden. Selbst im reichen Deutschland erhalten fast 24 % aller Vollzeitbeschäftigten einen Arbeitslohn zwischen 50 bis unter 75 % des Durchschnittsverdienstes (Prekärlohne), 2,1 Millionen Arbeitnehmer d.h. ca. 12 % aller Vollzeitbeschäftigten müssen mit einem Lohn von weniger als 50 % (Armutslöhne) auskommen.<sup>5</sup> 15 % der Bevölkerung der Europäischen Union sind von Armut bedroht, 17 Millionen Kinder leben in Europa an der Armutsgrenze. Seit Ende der 1970er Jahre, dem Scheitern der auf Wachstum und nachholende Industrialisierung setzenden Entwicklungsstrategien vollzieht sich die Ausdehnung informeller Arbeitsmärkte, der nicht nur als dauerhaftes Phänomen anerkannt, sondern im entwicklungspolitischen Diskurs sogar zum Hoffnungsträger für wirtschaftliche Dynamik, Wachstum und Beschäftigung erklärt wird. Mit der Arbeit von illegalisierten MigrantInnen und gerade von Frauen hat sich ein völlig neuer Sektor herausgebildet: Hausarbeit im umfassenden Sinn: sie haben als Hausangestellte ständig zur Verfügung zu stehen. Die vierte Gruppe – die Underclass ist arbeitslos, unterbeschäftigt, informalisiert und nicht mehr im traditionellen Sinne Lumpenproletariat sondern Sozialstaatsprodukt. So korrespondiert die sozialpolitische Ausgrenzung von Frauen mit der staatlichen Zuweisung in die Sphäre der Familie mittels familienbezogener Sozialleistungen; eine ihrer Folgen ist der hohe Frauenanteil in der Armutsregulierung.

---

<sup>3</sup> Hirsch, J. (2001). Wo bleibt das Subjekt für einen radikalen Reformismus? In: Flexibler Kapitalismus, H.-J. Bieling/K. Dörre/J. Steinhilber/H.-J. Urban (Hg.). VSA-Verlag, Hamburg, S. 276.

<sup>4</sup> Klein, D. (2003). Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin, S. 157 – 228.

<sup>5</sup> WSI 4.08.2003

Die Arbeiterklasse erfährt somit nicht mehr die universelle Standardisierung durch den Fordismus, sondern ist gekennzeichnet durch extreme Fragmentierung. Ihre Aufspaltung führt zur Auflösung der Einheitlichkeit der Erfahrungen als Voraussetzung von Klassenbewusstsein und Solidarität. Diese sind geprägt von wachsender Differenzierung, mehrdimensionaler Ungleichheit, von Polarisierung und Exklusion.

Angesichts der Prekarisierung von Arbeit und den daraus erwachsenden Spaltungslinien ist es fraglich, ob eine „proletarische Klasseneinheit“ noch ein verbindliches Leitbild progressiver (sozialistischer Politik) sein kann. Zudem ist die Organisations-, Integrations- und Gegenmachtsfähigkeit der Arbeiterbewegung einem fortschreitenden Erosionsprozess unterworfen.<sup>6</sup> Statt einer Arbeiterbewegung, die sich der Vergesellschaftungslogik der Produktivkräfte zur Durchsetzung ihrer Ziele bedient, vollzieht sich Produktivkraftrevolution weitgehend abgekoppelt vom sozialen Fortschritt. Die noch bestehenden Bastionen fordistischer Arbeiterbewegung werden als Funktionsbedingungen kapitalistischer Produktion einbezogen. Wie aber lässt sich nun diese „passive Revolution“<sup>7</sup> im Sinne jener sozialen Gruppen und Klassenfraktionen beeinflussen, deren Lebensgestaltung noch immer an die Verrichtung abhängiger Arbeit gebunden ist? Das normative Korrelat zur Abhängigkeit ist die Forderung der Emanzipation und es wird keine Emanzipation geben, ohne die aktuellen Arbeitsbeziehungen umzukehren, die weiterhin das umfassende Phänomen sind, das den Großteil der Menschen betrifft.<sup>8</sup>

Marx unterscheidet zwischen politischer und menschlicher Emanzipation. Dabei sieht er die politische Emanzipation als letzte Form der menschlichen Emanzipation innerhalb der bisherigen Weltordnung<sup>9</sup>, die die anonymen Zwänge, die über Lebensbedingungen und –chancen entscheiden und sie begrenzen, unberührt lässt. Er kennzeichnet diese Fremdbestimmung als Entfremdung und analysiert vor allem die Formen entfremdeter Arbeit ohne sie ausschließlich auf die Arbeit zu reduzieren. Sie umfasst nach Marx alle Sphären der bürgerlichen Gesellschaft. „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emancipation vollbracht.“<sup>10</sup>

Was sind jedoch die Voraussetzungen der Emanzipation? Marx sieht sie in der positiven Aufhebung des Privateigentums als Aneignung menschlichen Lebens und der damit möglichen positiven Aufhebung aller Entfremdung. Er sieht sie in der Organisation und Bewusstseinswerdung des Proletariats, die sich ihrer Diskriminierung und Instrumentalisierung für fremde Zwecke in der Form der Lohnarbeit bewusst geworden ist, und daher zum Umbruch gesellschaftlicher Verhältnisse drängt und in der Fähigkeit gesellschaftlichen Reichtum zu produzieren. Ohne hohe Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit wird nur der Mangel verallgemeinert und der Streit um das Notwendige müsste wieder beginnen.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre, Jochen Steinhilber, Hans-Jürgen Urbahn. (2001) Flexibler Kapitalismus S.25

<sup>7</sup> Bernd Röttger (2004). Arbeit – Emanzipation – passive Revolution.

<sup>8</sup> Emir Sader (2004) Subjekte der Emanzipation

<sup>9</sup> Karl Marx (1974). Zur Judenfrage. In MEGA, Band 2, S. 150

<sup>10</sup> a.a.O. S. 162/163

<sup>11</sup> Karl Marx, Friedrich Engels (1969) Die deutsche Ideologie. MEW Bd. 3, S. 34/35.

Wie aber steht es um diese drei Voraussetzungen: um die positive Aufhebung des Privateigentums als Aneignung menschlichen Lebens um die Organisation und Bewusstseinswerdung der abhängig Beschäftigten und jenen, die bereits nicht mehr in diese Prozesse integriert werden? Welche Bedingungen sind erforderlich, damit eben nicht jeder Produktivitätsfortschritt mit ansteigender Arbeitslosigkeit die sozialen Probleme nährt, sondern hohe Produktivität gesellschaftlicher Arbeit verbunden ist mit wachsendem gesellschaftlichen Reichtum und gerechter Teilhabe für ein selbst bestimmtes Leben in sozialer Sicherheit? Vor allem diesen Fragen müssten bei der Analyse sozialer Akteure nachgegangen werden.

Emanzipation ist ein Prozess, in dem die Individuen in den Ausgangs- und Zielpunkt aller Prozesse von Vergesellschaftung verwandeln und alle materiellen und kulturellen Produktions- und Lebensbedingungen in Bedingungen freier Entwicklung jeder und jedes einzelnen umgeformt werden. Die Vorstellung der institutionellen Verwandlung in „Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ bei gleichzeitiger Zerstörung des Sozialstaates und wachsender Ungleichheit führt zur Zerstörung der wichtigsten Formen sozialer Integration, des gesellschaftlichen Bodens realer Emanzipation.

Die zunehmende Reflektion dieser Prozesse korrespondiert mit der wachsenden Zahl jener, die meinen, dass sich die Gesellschaft grundlegend ändern müsse. Allein in Deutschland sprechen sich 76 % Prozent für grundlegende Veränderungen aus<sup>12</sup>. D.h. große Teile der Menschen sehen Handlungsbedarf und erwarten von der Politik einen wesentlichen Beitrag zur deutlichen Verringerung von Arbeitslosigkeit, zu sozialer Gerechtigkeit und vor allem zur Lösung von Zukunftsproblemen, zur Schaffung von Bedingungen für soziale Sicherheit besonders auf dem Gebiet der Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und Rente. Ihre Erwartungen jedoch sind von pluralisierter, mehrdimensionaler Ungleichheit und daraus resultierender unterschiedlicher Wahrnehmung von zentralen gesellschaftlichen Konflikten geprägt. So artikuliert sich die Ablehnung von bestimmten Herrschafts- und Hierarchieverhältnissen, das Streben nach demokratischer Teilhabe und der Wunsch nach selbstbestimmter, oft alternativer Lebensweise oder das Wirken im Geiste mitmenschlich-humanitärer Ideale völlig unterschiedlich. Wobei die Artikulation von sozialer Ungerechtigkeit, die Sorge um Frauen und Kinder in Bedrängnis, die Ängste in bezug auf künftige ökologische Gefährdungen oder das Eintreten für Asylsuchende oft auch dann mit Handeln verknüpft wird, wenn die Akteure nicht selbst unter Gefährdung oder unmittelbarer Betroffenheit leiden. Das Ringen um Demokratisierung politischer Entscheidungsstrukturen z.B. geht vielfach ebenso auf den Wunsch oder Willen zurück, anderen Menschen zu ermöglichen, ihre Interessen zu artikulieren und zu realisieren. Es hat mit einem Verständnis von Gerechtigkeit zu tun. Die Teilnahme am Marsch der Zapatisten durch Mexiko bis hin zur Entwicklung einer breiten Bewegung der Globalisierungskritiker oder die Aktivitäten zahlreicher Umweltaktivisten stehen für ein solches Engagement.

Subjekte der Emanzipation können jedoch nur vom Individuum her gedacht werden, die für sich und andere Selbstbestimmung und Freiheit einfordern einschließlich der Konsequenz, dass sowohl der Kreis der Akteure als auch Wege und Schritte des Handelns nicht durch irgendwie geartete Konzepte „planmäßig vorgegeben“ werden können. Dabei sind Selbstorganisation und „Offenheit“ der Entwicklung kein in Kauf zu nehmendes Beiwerk, sondern konstituierender Bestandteil dieses angestrebten Pfades. Die hierbei (möglicherweise) mobilisierten Akteure und die Formen ihres Zusammenwirkens lassen sich daher auch nicht als fest umrissene Gegenstände erfassen, sondern nur in ihrer Bewegung und

---

<sup>12</sup> FOKUS. (2004) Politische Landschaften im Meinungsbild. PoliLand. Soziologisch-empirische Kurzstudie zu Problembewusstsein, Veränderungspotenzialen und Einstellungen zur Zukunft im Meinungsbild der Bevölkerung. Eine empirische Studie.

Widersprüchlichkeit. Selbstbestimmte Akteursbestrebungen bilden somit ein *grundlegendes Ziel, nicht etwa nur eine Voraussetzung* für Veränderung in der Gesellschaft<sup>13</sup>.

## 2. Traditionelle Akteure

Wenn Subjekte der Emanzipation vom Individuum her zu denken sind, stellt sich die Frage, nach dem Verhältnis und den Optionen, die für Individuen und Organisationen als gesellschaftliche Akteure zur Verfügung stehen. Mit ihrem Engagement in der Zivilgesellschaft, die jene Institutionen und Organisationen zwischen Wirtschaft und Staat umfasst, richten sich die Einzelnen ebenso in der Gesellschaft ein, wie ihnen Möglichkeiten zuwachsen auf deren Wandel hinzuwirken<sup>14</sup>. Über welche Potentiale verfügen nun traditionelle gesellschaftliche Akteure wie Parteien und Gewerkschaften, um die angelegten Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Wandels im Sinne eines transformatorischen Projektes auszuschöpfen? In welchem Maße können sie ihr Selbstverständnis, ihre Strategie und ihr politisches Handeln so reformieren, dass sie unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung und einer sich vollziehenden Flexibilisierung, Individualisierung und Pluralisierung (bei gleichzeitiger Polarisierung) der Sozialstrukturen zeitgemäß als Interessenvertreter wirken?

### 2.1 Linke Parteien

Linke Parteien müssen sich gegenwärtig weltweiten und mit historischen Veränderungen verknüpften Entwicklungsprozessen stellen. Durch kulturelle, politische und wirtschaftliche Umbrüche in den 1980er Jahren, sowie durch den endgültigen Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa ist das Parteiensystem auch auf seiner linken Seite in Bewegung gekommen. Prozesse der Entstalinisierung der kommunistischen Parteien in Westeuropa, die Formierung von Grünen und alternativen Parteien und/oder die Entstehung neuer Linksparteien haben zu einer weiteren Pluralisierung des Parteiensystems geführt. Ebenso kam es zur Bildung (und Auflösung) von Regierungskoalitionen zwischen sozialdemokratischen Parteien und den genannten Parteien sowie zur dauerhaften Etablierung von Parteien, die sich weder im Sinne der III. Internationale als kommunistische verstehen und die sich doch (im Unterschied zu vielen Grünen Parteien) in der Tradition sozialistischer Politik sehen. Teilweise werden dabei Positionen reaktiviert, die in die Zeit der Spaltung der sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale zurückreichen. Dies gilt auch für eine Reihe jener Parteien, die sich durch Transformation der kommunistischen Staatsparteien Mittel- und Osteuropas herausbildeten bzw. bei ihrem Zerfall neu entstanden.

Linke Parteien müssen gegenwärtig in der Situation der Auflösung der fordistischen Akkumulations- und Regulationsweise und der Herausbildung neuer Formen von Akkumulation und Regulation im nationalen und internationalen Maßstab sowie unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung agieren. Dieser Umbruch, umfasst die Klassen- und Sozialstruktur, gleichermaßen die politischen und rechtlichen Formen und somit auch das politische System und die darin agierenden politischen Parteien, die ebenso einen Prozess der Selbstveränderung durchlaufen.

Das Wesens neuer Parteien wird maßgeblich durch das System der gesellschaftlichen Konfliktlinien geprägt, die klassenspezifischer, religiöser, ethnisch-linguistischer,

---

<sup>13</sup> Diese und nachfolgende Ausführungen basieren weitestgehend auf dem Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung. In: Dieter Klein (2003) *Leben statt gelebt zu werden*. Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung.

<sup>14</sup> Dieter Klein (2002) *Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt*. Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS. In: *Sozialismus als Tagesaufgabe*. S. 85

geographischer, generationsspezifischer oder anderer Natur sein können. D.h. die bisherigen Grundannahmen bzw. die Grundlagen früherer Erfahrungswelten: die führende Rolle der industriellen Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Umwandlung des Eigentums sowie die Neuverteilung des Einkommens mittels ausgebauter Macht des Nationalstaates, und die Rolle der Partei als einzig relevante politische Kraft bei der Eroberung und Umwandlung der Staatsmacht entsprechen nicht mehr gegenwärtigen gesellschaftlichen Konfliktlinien. Wobei der traditionelle Kampf der Arbeiterklasse nicht an Stellenwert verliert, sondern im Gegenteil seine Bedeutung beibehält, zusätzlich aber die wachsende Zahl der bisher untypischen Schichten der Arbeiterklasse hinzukommen, wie prekär Arbeitskräfte ohne festes Beschäftigungsverhältnis, formal Selbständige, jedoch im wesentlichen abhängige Arbeitnehmer und der Kampf von Bewegungen, „in denen sich nicht so sehr die Initiative des ‚produzierenden Individuums‘, als vielmehr die Initiative des ‚gesellschaftlichen Individuums‘<sup>15</sup> äußert.“<sup>16</sup>

Die parteipolitische Linke steht damit vor der Aufgabe, ihren programmatischen Anspruch zu erneuern und muss, wenn sie an Marxens emanzipative-solidarischen Anspruch festhalten will, mit dem geschichtsphilosophischen Paradigma des Marxismus brechen und in einem neuen sozialistischen Paradigma aufheben<sup>17</sup>. D. h. die Programmatik der Linken muss auf eingreifendes Handeln gerichtet sein und sich aus dem Kampf aller sozialen Kräfte für Emanzipation und Solidarität, den realen Verhältnissen moderner kapitaldominierter Gesellschaften ableiten. Ihre Strategie von Reformen bis hin zur Formulierung eines transformatorischen Projektes muss sie aus den analytischen Annahmen gegenwärtiger gesellschaftlicher Umbrüche entwickeln. Ziel und Anspruch jeder war und ist es, derartige Umbrüche im Interesse sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zu gestalten, und dabei Freiheit und Gleichheit zu verbinden. Ein Teil dieser Aufgabe ist es, die grundlegenden Güter der Gesellschaft, die Freiheit garantieren, umfassend zu produzieren und nach unten umzuverteilen, damit sie jeder und jedem zugänglich sind.“<sup>18</sup> Dazu gehörte in der Vergangenheit die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, der Achtstundentag, allgemeine Schulbildung und Gesundheitsversorgung sowie der Schutz vor Kriminalität, die Beseitigung von Armut und die Herstellung einer europäischen und globalen Friedensordnung. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit ist weltweit deshalb ins Hintertreffen geraten, weil sozialistische Utopien, Modelle und Programme die Gleichheit vor die Vielfalt der Menschen einstufen, die menschliche Individualität und Freiheit als Grundbedürfnis unterbewerteten, dafür aber mit der Überbewertung des Gleichheitspostulats die ideologische Rechtfertigung einerseits für die Unterdrückung der menschlichen Vielfalt und Individualität und andererseits für die Herrschaft bürokratischer Eliten lieferten, die vermeintlich das Gleichheitspostulat durchsetzen sollten. Deshalb muss die Verbindung von sozialer Frage und Emanzipation heute mehr denn je, den Kern zukunftsfähiger sozialistischer Visionen bilden – eben im Sinne von Karl Marx oder John Stuart Mill das Ideal eines libertären Sozialismus formulierten, nach dem eine Assoziation anzustreben sei – „in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ werde.

Solche Visionen werden jedoch erst zur materiellen Gewalt, wenn die Erwartungen, Hoffnungen und Ziele von Millionen von Menschen sich bündeln. Wann und wie wird aus individueller Unzufriedenheit politisches Handeln und wie konstituiert sich unter gegenwärtigen Bedingungen kollektives Handeln? Die Aufgabe der politischen Linken besteht vor allem darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen

---

<sup>15</sup> Karl Marx (1953) Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 76

<sup>16</sup> Mimmo Porcaro (2002) Linke Parteien im Vergleich.

<sup>17</sup> Michael Brie (2002) Sozialismus als Tagesaufgabe. S. 40

<sup>18</sup> Michael Brie (2004) Strategische Herausforderungen der Europäischen Linken.

Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem konkrete Alternativen und Vorschläge für die notwendige Transformation gegenwärtiger kapitalistischer Gesellschaften entwickelt werden. Dementsprechend sieht die Europäische Linkspartei ihre Verantwortung und Möglichkeit darin all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen. „Wir wollen linke Politik dauerhaft als selbständiges, selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, das zur Durchsetzung von Solidarität und Demokratie, von sozialen und ökologischen Alternativen beiträgt.“<sup>19</sup>

Auf der Suche nach erfolgreichen und nachhaltigen Antworten steht die plurale Linke in den einzelnen Ländern noch am Anfang. Die Dritten Wege und Strategien einer neuen Mitte haben sich nicht als dauerhaft erwiesen und konnten mehrheitlich den Tendenzen des Neoliberalismus mit seiner Verstärkung der Ungleichheit und wachsenden Polarisierung der Gesellschaft, der Verunsicherung aller gesellschaftlichen Lebensverhältnisse nicht wirksam widerstehen. Ihre neoliberale Strategie nationalstaatlicher Wettbewerbsfähigkeit und des Umbaus der sozialen Systeme war nicht mehr kompatibel mit einem wie auch immer geartetem Festhalten an sozialer Gerechtigkeit und musste deshalb scheitern. Angesichts dieses orientierungslosen Schlingerns hat die Mehrheitslinke ihr eigenständiges Profil weitgehend verloren. Ihr Scheitern geht einher mit der tiefen Krise der Gewerkschaften und der chronischen Schwäche der radikalen politischen Linken und vieler traditioneller sozialer Bewegungen und ist Teil einer Krise und Auflösung des gesamten historischen Blocks der Linken.

Eine wirkliche Erneuerung der Linken wird nur dann möglich sein, wenn sie ihr eigenständiges Profil entwickelt, strategische Räume besetzt und Prozesse ihrer Selbstveränderung (auch Parteireform) mit der Öffnung in die Gesellschaft verbindet und Voraussetzungen für ein Mitte-Links- und ein Mitte-Unten-Bündnis schafft. Sie muss, wenn sie gesellschaftliche Mehrheiten für einen politischen Richtungswechsel gewinnen will, die gesamte Breite des politisch noch nicht wirksamen Block der Subalternen ansprechen und hier insbesondere die Interessen der sozial Schwachen und von Ausgrenzung bedrohten oder schon erfassten Gruppen vertreten. Nur so wird sie in der Lage sein, relevante soziale Kräfte für einen Richtungswechsel der Politik formieren und die Entwicklung eines transformatorischen Projektes voranzutreiben. Ein entscheidender Teil dieser Aufgabe ist die Entwicklung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Erwartungen nach hoher individueller Selbstbestimmung, den Forderungen nach sozialer Gleichheit und Teilhabe sowie solidarisch-ökologischen Umbau der Gesellschaft entspricht. Dabei sind Lösungen, die Erfordernisse innovativer und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsentwicklung missachten, untauglich und blieben zudem ohne Unterstützung der Bevölkerung. „Produktivität von Sozialpolitik und die Sozialität von Wirtschaftspolitik müssen als zwei Seiten eines emanzipativen Projektes komplementär zueinander entwickelt werden.“<sup>20</sup> Dazu muss sie sich erneut mit folgenden Fragen auseinandersetzen: Fragen der Aneignung des Eigentums, der sich neu herausbildenden Widersprüche der Arbeitsgesellschaft, der Verteilung und Regulation auf nationaler und transnationaler Ebene, dem Erhalt und der Reform der sozialen Sicherungssysteme, der grundsätzlichen Rolle des Staates und der Politik unter den Bedingungen des globalisierten flexiblen Kapitalismus und bspw. den aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene, wie den Beschlüssen von Maastricht und Lissabon, die eine Zementierung neoliberaler Wirtschaftsentwicklung anstreben.

---

<sup>19</sup> Programm der Europäischen Linkspartei, Quelle?

<sup>20</sup> Die Ausführungen stützen sich vor allem auf: Michael Brie (2004) Strategische Herausforderungen der Europäischen Linken.

„Die Parteien der alternativen Linken müssen heute auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten bewertet werden, mit zahlreichen und verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft in Beziehung zu treten, den nationalen Kampf direkt mit dem globalen zu verbinden, gemeinsam mit ... vielfältigen Akteuren die zahlreichen und unterschiedlichen Bereiche der gesellschaftlichen Macht zu verändern ..., die Parteien müssen sich von einer Massenintegrierenden zu einer Massen verbindenden Partei entwickeln.“<sup>21</sup> Damit stellt sich für linke Parteien die Frage nach ihren strategischen Bündnispartnern sowohl gesellschaftspolitisch, also in Bezug zur Zivilgesellschaft, als auch parteipolitisch. D.h. die Strategiebildung linker Parteien muss sich gleichermaßen in Auseinandersetzung mit den strategischen Grundpositionen der neuen sozialen Bewegungen und denen der sozialdemokratischen Parteien vollziehen, die selbst mit am stärksten dem postfordistischen Transformationsprozess der Parteiform unterworfen sind und deren strategische Option eines „Dritten Weges“ spätestens seit Ende des letzten Jahrzehnts als zunächst gescheitert betrachtet werden kann. Dementsprechend entwickelte sich auch ein folgenschwere Schlüsseldifferenz in der Einschätzung der Sozialdemokratie: repräsentiert sie nur noch eine sozial und ideologisch abgefederte Variante des herrschenden Neoliberalismus und kommt daher für auch nur kurze Wege einer gegen den Neoliberalismus gerichteten Transformationspolitik prinzipiell nicht mehr infrage (ist sie also vollständig und gleichsam ohne innere Widersprüche integriert in den Machtblock des Neoliberalismus, wie er sich seit Ende der 70er Jahre herauszubilden begann) oder kann sie partiell und zeitweise in ein linkes Projekt einbezogen werden. Die erste Sichtweise ist eine Grundlage für den Aufschwung radikalistischer, z.B. trotzkistischer linksradikaler und autonomer Parteien insbesondere in England, Frankreich, Italien und zum Teil auch Spanien.

Völlig unterschiedlich entwickelt sich dementsprechend das Verhältnis linker Parteien in Europa zur Sozialdemokratie und zu den neuen sozialen Bewegungen. Die Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen ist für viele Parteien der radikalen Linken u.a. auch wegen ihrer spezifischen Situation schwierig (Fehlen oder relative Schwäche der Bewegungen auf nationaler Ebene) oder aufgrund ideologischer Barrieren, die auf der Idee beruhen, dass die Partei noch immer das Hauptinstrument des Kampfes der unteren Klassen sei und soziale Bewegungen lediglich als Komplemente und Korrektive etablierter politischer Institutionen begriffen werden müssen. Selbst die Schwäche der Bewegungen auf nationaler Ebene mit dem Hinweis auf die globale Bewegung umgangen werden kann, ist die Überwindung ideologischer Barrieren schwieriger, eben weil sich zahlreiche Parteien der radikalen Linken in den letzten Jahren auf der Grundlage von zwei Prinzipien gegründeten bzw. ihre Existenz etablierten: zum einen als Instrument sozialer Emanzipation in bezug auf den Staat und zum anderen als Garanten für politische und ideologische Unabhängigkeit der unteren Klassen.<sup>22</sup> Der zentrale Bezug auf den Staat macht es für diese Parteien z.T. schwierig, die politische Rolle anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu verstehen und sie in ihrer Eigenständigkeit und Artikulation von Forderungen gesellschaftlicher Veränderung als gleichrangige Partner anzunehmen. Für die Rifondazione stellte eine enge Beziehung zu den Bewegungen ein strategisches Basiselement der Gründung dar und konnte dies aufgrund der großen Bedeutung dieser Bewegungen in Italien auch sein. Im Unterschied dazu ist in der PDS die Frage nach den strategischen Bündnispartnern trotz programmatischer Formulierung einer Strategie zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel heftig umstritten.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Mimmo Porcaro (2003) Die Partei de kommunistischen Neugründung, Tradition, Innovation, Perspektiven. Manuskripte 41, S. 9ff.

<sup>22</sup> Mimmo Porcaro (2003). Vorbedingungen für wirksame Aktionen der Linksparteien in Europa

<sup>23</sup> Programm der PDS, 2003 S. 32: „Auch in den kommenden Jahren ist unser Platz bei den sozialen Bewegungen gegen Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Wir verteidigen die Erfolge



Sind die sozialdemokratischen, die sozialistischen Parteien strategische Partner der linken Parteien? Ist die parteipolitisch formulierte Mitte-Links-Option noch immer aktuell, angesichts der weltweit durchgesetzten neoliberalen Reformen des Demokratie- und Sozialabbaus unter der Ägide sozialdemokratischer Regierungspolitik? Wie verhält es sich dann mit dem Versuch in Form von Regierungsbeteiligungen auf kommunaler oder regionaler Ebene sich konservativer Politik zu widersetzen, aus Regierungsämtern der Regionen und Länder heraus sich der Durchsetzung und Durchreichung von Sparpolitik und Sozialabbau entgegenzustellen, um Schlimmeres zu verhindern.

Unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie und geringer realer Gestaltungsspielräume setzt sich linke Politik in Regierungsverantwortung vor allem in der Wahrnehmung jener, die von Sozial- und Demokratieabbau betroffen sind und deren Verschlechterung von Lebensbedingungen nur noch abgeduldet werden, dem Verdacht aus, auf die Durchsetzung eigener Positionen zu verzichten, bzw. das kleinere Übel zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen. Unter diesen Bedingungen müssen radikale Maßstäbe an linkes Regierungshandeln zu Glaubwürdigkeitsverlust führen. Die in einzelnen Fragen erstrittene und unter dem Druck der Öffentlichkeit parlamentarisch ausgehandelte wahrnehmbare Abschwächung neoliberaler Politik muss vor dem Hintergrund radikaler neoliberaler Reformen unzureichend erscheinen. D.h. trotz wichtiger Erfolge in Einzelfragen, erscheint Regierungshandeln linker Parteien unglaubwürdig. Das ist das strategische Dilemma der Linken.<sup>24</sup>

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur im produktiven Umgang mit den zugrunde liegenden Widersprüchen und durch Gewinnung einer historischen Perspektive gesucht werden. Welche Aufgaben muss dazu die parteipolitische Linke lösen?

Erstens kann die Linke an der Entwicklung eigenständiger Strategien mitwirken und Projekte der Demokratisierung der Gesellschaft und der wirksamen Friedenssicherung durch Prävention und friedliche Konfliktlösung formulieren. Ihre Aufgabe ist es, an der Aufstellung einer eigenständigen Reformagenda mitzuwirken, die den Realitäten gerecht wird und zugleich einen Interessensausgleich zugunsten der Lohnabhängigen anstrebt und Perspektiven eröffnet, die sich in Einstiegsprojekten manifestieren. Der Umbau der Sozialsysteme, die auf der Einbeziehung aller beruht, gleiche Grundansprüche formuliert und über ein Steuersystem das in der Wirtschaft auf Wertschöpfung basiert mitfinanziert wird. Bisher ist die Formulierung einer alternativen Wirtschaftspolitik kaum über Varianten eines neuen Keynesianismus hinausgekommen.

Zweitens besteht ihre Aufgabe darin, am Aufbau einer sozial und kulturell verankerten Linken mitzuwirken und hierbei ihre spezifischen Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit einzubringen. Dabei geht es nicht einfach nur um den parlamentarisch verlängerten Arm, sondern um die Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen durch breitest mögliche Bündnisse unter Nutzung der parlamentarischen Möglichkeiten linker Parteien. Die Parteien können und müssen als Teil des politischen Systems über ihre „Schnittstellenfunktion“ die Synergieeffekte zwischen den Aktionen der Parteien und denen der Bewegung sichern. Auch, in dem sie auf einer zeitgemäßen Grundlage die Privilegien der Parlamente erweitern und

---

emanzipatorischer Bewegungen und wollen mithelfen, kapitalistische Profitdominanz zu überwinden und deren patriarchale, autoritäre und militaristische Absicherung zu durchbrechen. Als Sozialistinnen und Sozialisten beabsichtigen wir, zu einem anerkannten Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den Neoliberalismus zu werden und mit eigenen Vorstellungen und Projekten bei der Kräftigung von starken gesellschaftlichen Reformkräften mitzuwirken. Wir streben politische Bündnisse an, die diesen Zielen gerecht werden“

<sup>24</sup> Michael Brie (2003) Strategische Herausforderung für eine Neue Europäische Linke – drei Thesen Beitrag für die internationale Konferenz der rls vom 29. – 31. Oktober in Warschau

Bedingungen einer weit gefassten sozialen Demokratie neu definieren, die nicht mehr ausschließlich auf repräsentative Demokratie beschränkt wird. Das aber verlangt von den Parteien selbst ein Politikverständnis, nachdem der parlamentarische und außerparlamentarische Raum zumindest gleichwertig sind und ein neuartiges Parteienverständnis: die Absage an die traditionelle Partei, die sich die Massen einverleibt zugunsten einer „konnektiven Massenpartei“.<sup>25</sup> Zugleich müssen die Parteien im Unterschied zu sozialen Bewegungen, Gewerkschaften u.a. in den sozialen Kämpfen die Beziehung und das Kräfteverhältnis reflektieren und können daher in stärkerem Maße als die Bewegungen Möglichkeiten der parlamentarischen Einflussnahme und Umsetzung bewirken. Eine dritte Aufgabe der politischen Linke könnte es sein, für eine neue Kultur sozialer Gerechtigkeit einzutreten. D.h. offensiv für den Wert des Öffentlichen, auch des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Dienstleistungen, des Einsatzes zur Überwindung von sozialer Desintegration und Marginalisierung zu wirken. Das ist jedoch ohne die Neubestimmung der Rolle des Staates und einem veränderten Bezug linker Parteien auf den Staat unmöglich. An Stelle einer neuen Verstaatlichung wäre um die demokratische und emanzipative Aneignung des öffentlichen Raumes zu kämpfen, um eine Demokratisierung und Sozialisierung öffentlicher Aufgaben möglichst unter Einschluss der Verwaltungen eines ansonsten bürokratischen Staates.

## **2.2 Gewerkschaften**

Zu den grundsätzlichen Funktionen von Gewerkschaften gehört im Rahmen der Interessenvertretung abhängig Beschäftigter deren Schutz-, Verteilungs- und Partizipationsfunktion. Schutz und Verteilung d.h. sozialökonomische Absicherung der abhängig Beschäftigten, Schutz vor ungehemmter Konkurrenz, Schutz vor unwürdigen, unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Ihre Kernkompetenz ist, die Bedingungen des Verkaufs (also den Preis) der Ware Arbeitskraft und die Bedingungen seiner Nutzung zu beeinflussen und dabei eine möglichst weitreichende Dekommodifizierung der Arbeitskraft zu erreichen. Was nun seit über einem Vierteljahrhundert unter neoliberalen Vorzeichen geschieht, ist die Rekommodifizierung der Arbeitskraft, eine Wiederherstellung seines Warencharakters, die sich in der neuen Unmittelbarkeit des Marktes ausdrückt, welche die Arbeitskraft aus den institutionellen und normativen Regulierungen herauslöst, auf die Flexibilisierung von Beschäftigung und Arbeitszeiten setzt und damit eine Entsicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse betreibt. Entgrenzung von Arbeit und Anforderungen an höherer Selbstorganisation und Verantwortung sind die zwei zentralen Veränderungen der Arbeit. Davon betroffen ist auch das politische Instrumentarium, mit dem die Gewerkschaften operiert. Traditionell gehört dazu auch die Aushandlung von Tarifverträgen, in denen klassische Klassenkonflikte in Interessenkonflikte transformiert werden. Je stärker jedoch „ökonomische Sachzwänge“ wirken, nationalstaatliche Spielräume durch wirtschaftspolitische Lenkung in der hochintegrierten Weltwirtschaft begrenzt werden, desto stärker entwickelt sich der Druck auf nationale Tarifverträge – insbesondere Flächentarifverträge, die zunehmend grundsätzlich in Frage gestellt und mit der Tendenz der Verbetrieblichung tariflicher Aushandlungsprozesse ausgehöhlt werden.

Kollektive Interessen konstituieren sich über Lohnarbeiterexistenz und -risiken. Existenzielle Unsicherheiten resultierend aus Abhängigkeit vom kapitalistischen Akkumulationsprozess, sind darauf gerichtet, den Verkauf der eigenen Arbeitskraft unter bestmöglichen bzw. günstigsten Bedingungen zu realisieren. Damit wird die Erfahrbarkeit dieses Interesses durch Spaltungen und Fragmentierungen konterkariert, die dem Akkumulationsprozess des Kapitals

---

<sup>25</sup> Mimmo Porcaro (2003) Vorbedingungen für wirksame Aktionen der Linksparteien in Europa

innewohnen.<sup>26</sup> Im Prozess der Tertialisierung des Produktionssektors durch die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Einführung von Produktionstechnologien mit hoher Elastizität vollzieht sich eine neue Qualität von Spaltungen und Fragmentierungen des Produktionsprozesses selbst durch Outsourcing und Neugliederung von Produktionsketten und Bildung von kleineren Produktionseinheiten mit zahlreichen verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten mit unterschiedlicher Bildung, Qualifikation und Einkommen – eine neue Qualität des „Normalzustands“ wie ihn Frank Deppe beschreibt.<sup>27</sup>

Die Entwicklung neuer Technologien hat auch zur Folge, dass einheitliche Bindungen der Produktion nicht mehr an starre Arbeitszeitregelungen von Tarifverträgen oder Arbeitszeitordnungen und an räumliche Konzentration gebunden sind. Die nun mögliche Flexibilisierung der Arbeit führt zu neuen Formen der Arbeitsorganisation, und flexibler Arbeitszeitregulierung innerhalb des (männlichen) „Normalarbeitsverhältnisses“, d.h. des bisher tariflich und gesetzlich geschützten und regulierten Beschäftigungsverhältnisses.<sup>28</sup> Der damit erhöhte Leistungs- und Flexibilisierungsdruck führt seinerseits zu einer verstärkten Segmentierung der Arbeiterschaft in Kern- und Randbelegschaften. Parallel dazu erhöht sich der Anteil von ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnissen an gesamtgesellschaftlicher Erwerbsarbeit und ist inzwischen selbst unter den Normalarbeitsverhältnissen zu einem Massenphänomen geworden. Seit Ende der 70er Jahre entwickelt sich darüber hinaus die Tendenz der „Neuen Selbständigkeit“ insbesondere in den südlichen Ländern der Europäischen Union. Ein Fünftel der Erwerbstätigen in Spanien bspw. und bis zu einem Drittel in Griechenland arbeiten als Selbständige. Die Ausdehnung informeller Arbeitsmärkte vollzieht sich vor allem in der Bekleidungsindustrie, im Gaststättengewerbe, der Braubranche und in der Landwirtschaft.

Die Gewerkschaften müssen sich all diesen Herausforderungen stellen und zugleich die Individualisierung von Lebensstilen und –chancen sowie die Auflösung tradierter Milieu-Strukturen berücksichtigen, die mit der Ausprägung einer neuen kollektiven Identität verbunden ist. D.h. kollektives Handeln entwickelt sich unter dem Druck der Prekarisierung von Arbeit und permanenter Standortkonkurrenz sehr viel schwieriger. Kollektive Identität muss diesen Bedingungen und neuen Formen von Fragmentierung, Flexibilität und Mobilität gerecht werden. Wie aber gestaltet sich gewerkschaftliche Interessenvertretung, wenn Arbeitnehmer zunehmen zum Unternehmer seiner Lebens werden, wenn Erfolgsprämien statt tariflicher Bezahlung die Norm ist, die individuelle Vorsorge an Stelle gesellschaftlich vereinbarter Pflichten tritt, Ich-AG's und Patchwork-Identitäten zur allgemeinen Erfahrung werden und Unternehmensmodelle wie der „New Economy“ auf individuelle Dispositionen setzen. Gewerkschaften sind auf ein soziokulturelles Umfeld angewiesen, das solidarische/kollektive Werte erzeugt, aber sich gegenwärtig mit der Durchsetzung neuer Formen der Ökonomie auflöst. D.h. ihre soziale Basis verändert sich gleichermaßen wie ihre Wirkungsmöglichkeiten im nationalen Rahmen. Der hier notwendigen Internationalisierung gewerkschaftlicher Arbeit und deren Entwicklung zu einem global handelnden Akteur wirkt deren gegenläufige Tendenz - die internationale Standortkonkurrenz, so dass sich die Herausbildung und Wirksamkeit der Gewerkschaften zu einem europäischen zw. globalen Akteur als widersprüchlicher Prozess vollzieht. Einerseits wird dieser durch internationale

---

<sup>26</sup> Bieling, H.-J./Dörre, K. /Steinhilber, J./Urban, H.-J. (Hg.) (2001). Flexibler Kapitalismus, Analysen, Kritik Politische Praxis, VSA BF 301, Verlag Hamburg, 2001, S. 25.

<sup>27</sup> Schulten T. (2001). Barrieren und Perspektiven eines „neuen Internationalismus“ der Gewerkschaften. In: Flexibler Kapitalismus, Bieling, Hans-Jürgen/Dörre, Klaus/Steinhilber, Jochen/Urban Hans-Jürgen (Hg.) VSA-Verlag, Hamburg, S. 193ff.

<sup>28</sup> Bischoff, J. (2003). Worüber streiten die Gewerkschaften. Kommentar vom 11.8.03, Redaktion Sozialismus

Entwicklungen, durch fortschreitende Verflechtung des europäischen Kapitals forciert, andererseits geprägt wird durch das Verständnis der Gewerkschaften als Interessenvertreter innerhalb der Nationalstaaten. Damit stecken sie in einem Dilemma, was sie national und international in die Defensive geraten lässt. Sie müssen auf nationaler Ebene unterschiedlichste politische, wirtschaftliche und soziale Systeme unter dem Druck der Standortkonkurrenz bedienen. Zudem stützen sich wichtige gewerkschaftliche Bereiche wie Mitbestimmungsrechte, oder Rechte, die die Einflussnahme der ArbeitnehmerInnenvertreter sichern, auf nationales Arbeitsrecht bzw. vertragliche Abmachungen und sind somit auf national völlig unterschiedlich verankert. Die gravierenden Unterschiede zwischen den Gewerkschaften hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen, ihrer jeweiligen Mitbestimmungssysteme, Tradition und politischen Kultur machen gegenwärtig eine Tarifpolitik über die nationalen Grenzen hinaus unmöglich, so dass auch die Formulierung eines europäischen Tarifvertrages, der auch soziale Mindeststandards, EU-weite Normsetzungen, die Formulierung eines europäischen Arbeitsgesetzes zusammenfassen könnte, in den Reihen der Gewerkschaften selbst umstritten<sup>29</sup> und damit keine Unterstützung erfährt. Im Gegenteil, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Unternehmen und die Sicherung des eigenen Standortes ist auch unter den Gewerkschaften das gemeinhin anerkannte prioritäre Anliegen.<sup>30</sup>

Ein weiteres, die Gewerkschaft entscheidend schwächendes Problem ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Zunahme von Teilzeit- und prekärer Beschäftigung. 8,9 % der Menschen in Europa sind arbeitslos, 13,4 % haben nur eine befristete Beschäftigung. Der Anteil von Frauen mit befristeten Arbeitsverhältnissen, an Leih- oder Gelegenheitsarbeitnehmern liegt 30 % über denen der Männer. Europaweit vollzieht sich der Zwang zur Aufnahme von Arbeit durch Absenkung sozialer Leistungen für Arbeitslose und der Kopplung an die Bereitschaft, auch niedrig qualifizierte Arbeit aufzunehmen und der dem Druck zum Abbau des Kündigungsschutzes.

Vor diesem Hintergrund muss die Herausbildung eines neuen Internationalismus der sozialen Bewegungen, der an Stelle traditionellen solidarischen Handelns, eine Option auch für gewerkschaftliches Handeln werden kann, von besonderem Interesse sein. Der diesem Internationalismus zugrunde liegende kooperative Raum einschließlich seiner Widersprüche zwischen den beteiligten Gruppen ist eine politische Kultur von Toleranz und Pluralismus angewiesen, die es erlaubt, die Kooperation über politische Meinungsunterschiede hinweg demokratisch zu organisieren.<sup>31</sup> Das heißt für die Gewerkschaften, „die verbliebenen Reste eines aus der historischen Arbeiterbewegung stammenden theoretischen Deutungsmonopols und politischen Führungsanspruchs ad acta zu legen, sich in einen offenen Dialog mit anderen sozialen Bewegungen und Organisationen zu begeben und das unmittelbar auf ökonomische Mitgliederinteressen fixierte Konzept des „Business Unionsism“ zugunsten eines umfassenderen politischen Selbstverständnisses im Sinne eines „Social Movement Unionism“ zu überwinden. Seit Mitte der 1990er Jahre versuchen US- und andere Gewerkschaften mit

---

<sup>29</sup> Der Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes Reiner Hoffmann spricht daher nicht mehr von dem Ziel eines europäischen Tarifvertrages, sondern von einer angestrebten „Koordination der Tarifpolitik“, die sich auf die sektorale Ebene und die Vielfalt regionaler und europäischer ökonomischer und sozialer Strukturen und Traditionen bezieht, die produktiv zu vernetzen sind „statt sie nach alten Forderungsmustern zu vereinheitlichen.“ Hoffmann, R. (2002). Gewerkschaftliche Monatshefte, 4-5, S. 4.

<sup>30</sup> Hürtgen, S. (2003). Gestaltung des Anpassungsdrucks, Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik oder „Kampf um soziale Transformation“? Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich. Prokla 131, S. 6.

<sup>31</sup> Schulten T. (2001). Barrieren und Perspektiven eines „neuen Internationalismus“ der Gewerkschaften. In: Flexibler Kapitalismus, Bieling, Hans-Jürgen/Dörre., Klaus/Steinhilber, Jochen/Urban Hans-Jürgen (Hg.) VSA-Verlag, Hamburg, S. 193ff

diesem Konzept nach dessen Hochzeit in den 1960er und 1970er Jahren erneut eine basisbestimmte Alternative zu den korporativen Apparaten aufzubauen. Durch Verankerung in der lokalen Alltagswelt, durch ein „social movement trade unionism“ soll der allgegenwärtigen Praxis des "Outsourcing", einem wachsenden Geflecht von Sub-Unternehmen und dem in den USA stark ausgeprägten Gefälle zwischen "union cities" wie Boston, Chicago, New York oder Seattle mit langen Traditionen gewerkschaftlicher Organisation und einem weitgehend "gewerkschaftsfreien" Süden begegnet und gewerkschaftliche Gestaltungsmacht in der Gesellschaft wiedergewonnen werden. Verbunden damit sind neue "Paradigmen" der Kooperation, Mobilisierung und Organisation, die nicht mehr allein auf die Interessenvertretung der (Kern-)Belegschaften beschränkt bleiben, sondern als ein eigenes „gesellschaftliches Projekt“ formuliert werden soll. D.h. sie müssen sich auch weiterhin auf die Beschäftigten als Kern ihrer Mitgliedschaft beziehen. Sie müssen sich jedoch darüber hinaus zusammen mit anderen sozialen Bewegungen für die Interessen der „Schwächeren“ der gesamten Gesellschaft einsetzen und erweitern damit ihr politisches Mandat. Übergreifende Solidarisierung wird zum zentralen Maßstab der Beurteilung von sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen. Dazu bedarf es einer engen und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den anderen sozialen Bewegungen bis hin zu gemeinsamen Entscheidungsprozessen über gemeinsame Aktionen einschließlich Streiks. Offen ist die Frage, inwieweit sich dieser Ansatz wirklich radikal von den herkömmlichen Modellen unterscheidet, oder ob nur die linkssozialdemokratische Variante einer neuen Regulierung der Arbeit ist? „Die Notwendigkeit, notfalls durch Protektionismus "US-amerikanische" Arbeitsplätze zu erhalten, wird ebenso wenig hinterfragt wie die strenge Abschottung des Arbeitsmarkts. Dennoch lohnt allein die unglaubliche Vielfalt an Initiativen, Kontroversen und Projekten die Auseinandersetzung mit einer Bewegung, die sich mit den zentralen Themen der Migration, Multikulturalität, und Transnationalität schon jetzt wesentlich umfassender beschäftigt hat als ihre vielleicht zahlenmäßig beeindruckenderen Pendants in Europa.“<sup>32</sup>

### **2.3 Neue soziale Bewegungen**

Soziale Bewegungen, als Netzwerkverbund von Personen, Gruppen und Organisation sind Produkte moderner Gesellschaften, die autonom und bedürfnisorientiert in letzter Konsequenz auf die Grundlagen von Gesellschaft zielen. Ihr Wirken vollzieht sich im Kontext der sozial und politisch erkämpften Öffnung des sozialen Raums und ist verbunden mit Prozessen der Individualisierung, mit politischen und kulturellen Verhaltenserweiterungen verbunden, die weit bis in die Alltagskulturen von Gesellschaft hineinreichen. Sie lassen sich fassen als Kompetenzerweiterung auf der Grundlage erfolgter Bildungsreformen und erweiterter kultureller Erfahrungshorizonte, als partizipatorische Revolution im Kontext gewachsener Bereitschaft zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Bürgerinitiativen und in direkter Politik bei gleichzeitigem Misstrauen gegenüber institutioneller Politik, und sie lassen sich fassen als Selbstverwirklichung bzw. als emanzipatorische Entwicklung der Person<sup>33</sup>. Im Unterschied zu Parteien und Gewerkschaften organisieren sie sich in den Sphären der Lebenswelt, machen gesellschaftliche Konflikte sinnlich erfahrbar und haben daher für Individuen und soziale Gruppen einen spezifischen Platz zur Formulierung von Lebensstrategien und Strategien zur Lösung konkreter gesellschaftlicher Konflikte, wie sie sich beispielsweise in den Forderungen der Frauen-, Ökologie-, schwarzen Bürgerrechts- und andere soziale Bewegungen manifestieren. Gerade die konkret artikulierte Forderung ermöglicht ein Maß an Radikalität

---

<sup>32</sup> Söhnke Zehle (2004) Was Tun. social movement unionism <http://wastun.org/tapestry?article=21>

<sup>33</sup> Heiko Geiling (1995) politische Kultur und soziale Bewegungen. <http://www.agis.uni-hannover.de/agisinfo/info3/pokulbe.htm>

und Realismus, das neue soziale Bewegungen, die von vornherein allgemeinere Themen in den Mittelpunkt stellten, nie erreichen konnten. Das gilt sowohl für den engeren Trägerkreis als auch erst recht für die Massenaktionen.

Sie entwickeln sich vor allem in Phasen gesellschaftlicher Umbrüche: Während es in den 1960er Jahren die Konflikte um individuelle und gesellschaftliche Emanzipation waren, waren es in den 1970er Jahren die ökologische und alternative Modernisierungspolitik und in den 1980er Jahren pazifistische Bewegungen. Ihre Wirkungsräume konnten sie vor allem im Dritten Sektor der sozialen Arbeit entwickeln. Mit der Institutionalisierung sozialer Bewegungen seit den 70er Jahren und dem Zerfall der Sozialstaatlichkeit und der formalen Ökonomie haben Menschenrechts- und Entwicklungs-NGOs, Non-Profit-Unternehmen, kommunale, politische, religiöse oder karitative Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, aber auch grassroots-Selbstorganisationen - quasi-staatliche Funktionen übernommen. Offen ist dabei, ob und inwieweit NGOs die Rolle von 'erweiterten Staatsapparaten' (Gramsci) oder von Knotenpunkten organisierter gesellschaftlicher Gegenmacht spielen. Gegenwärtig ist beides der Fall, und das nicht selten im Praxisfeld ein und derselben NGO. Welche Option sich durchsetzt, ergibt sich zum einen aus den Machtverhältnissen in und zwischen den NGOs und zum anderen aus ihrem Verhältnis zu Staatlichkeit und Kapital. Sie sind in diesem Spannungsfeld "ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen"<sup>34</sup>.

Wo Spaltungen und Ausgrenzungen zum Anlass einer Politisierung in emanzipativer Tendenz werden, können Keimformen einer neuer sozialer Bewegungen entstehen, deren politische Artikulationen auf die fragile Verbindung zwischen einem „real life economics“, der gesellschaftlichen Linken des Dritten Sektors und sozialen Massenprotesten gestützt ist. Ausdruck hierfür sind die Bauernbewegungen des indischen Subkontinents, die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die grassroots-Organisationen südafrikanischer townships oder die nicht zufällig von FeministInnen bestimmten NGO-Zusammenschlüssen beispielsweise des postsandinistischen Nicaragua. Im fragilen Bündnis mit einzelnen Gewerkschaften praktizieren diese Bewegungen jenen neuartigen Typ eines lokal organisierten und zugleich global vernetzten sozialen Widerstands.

Die Strategie der Zapatistas einer „permanenten Rebellion“ ist die logische Konsequenz des Verzichts auf die Eroberung der Staatsmacht und ihrer auf parlamentarisch-repräsentative Teilhabe an der Staatsmacht gerichteten Strategie. Diese soll die real life economics lokalen, gesellschaftlich autonomen Gruppen mit den Gewerkschaften und den Institutionen der Zivilgesellschaft in landesweiten und internationalen Mobilisierungen verbinden. Diese zielen auch dann nicht auf die Beteiligung an der Staatsmacht, wenn sie auf den Staat einwirken und Gesetze, Abkommen, administrative Maßnahmen oder institutionelle Veränderungen bewirken. Angesichts der Erfolge der Zapatistas zeigt, wie die erreichten subjektiven und lokalen Autonomien für sich offen gehalten und untereinander frei assoziiert werden können und dadurch zur Demokratisierung und zur Überwindung der sie umschließenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse führen können und über nationale Grenzen hinaus, neue Formen des Widerstandes erschließen. Ihr Aufstand 1994 in Chiapas, Mexiko gegen das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen USA, Kanada, und Mexiko gilt als die Geburtsstunde der neuen sozialen – globalisierungskritischen - Bewegungen. Dem folgten das interkontinentale Treffen für Humanismus und gegen Neoliberalismus in Chiapas 1996 und 1997 in Spanien, der Kampf gegen das Multilaterale Abkommen unter den Schutz von Investitionen (MAI), 1996 die Euromärsche gegen Arbeitslosigkeit und ungeschützte Beschäftigung, das 1998 gegründete Netzwerk Peoples Global Action, die Gründung von ATTAC in Frankreich, der Protest gegen die WTO-Tagung 1999 in Seattle und der seit dem eingeleitete Zyklus von militanten Protesten. Es ging dabei nicht mehr nur um den Ausdruck

---

<sup>34</sup> Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Werke, Bd 2, S. 124

von Protest. Das neoliberale Projekt wird grundsätzlich in Frage und ihrer proklamierten Alternativlosigkeit der einfache, klare Satz „Eine andere Welt ist möglich“ entgegengestellt.

### 3. Die „neuen“ Subjekte der Emanzipation

#### 3.1 Neue Bündnisse - der WSF-Prozess

Das erste Weltsozialforum war zunächst als Gegenforum zum Wirtschaftstreffen in Davos konzipiert. Der Entstehung neuer globaler Institutionen der Macht, der neoliberalen Kommodifizierung auch von Frauen, der Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit, der Konkurrenzideologie, der ökologischen Krise und dem sich wieder weltweit durchsetzenden Militarismus sollte eine neue globalisierte Kraft entgegengesetzt werden. Diese versteht sich im Unterschied zu früheren sozialen Bewegungen als ein horizontales, plurales, heterogenes, nicht konfessionelles Netzwerk von Bewegungen, das sich egalitär, dezentralisiert, offen und vertrauensbasiert organisiert und auf der Grundlage des Konsensprinzips notwendige Entscheidungen trifft. Diversität ist nicht mehr Schwäche, sondern gilt als Zeichen der Stärke, die es erlaubt, in verschiedenen Bereichen des Lebens Gegenpart zu sein,<sup>35</sup> und zu einer neuen Qualität des Zusammenwirkens alter und neuer Akteure beiträgt: The movement of movements can create a position of hegemony here, even over the unions. „The trade unions defends partial interests whereas the movement can represent the general interests of all who work; the union represents the interests of a limited class, whereas the movements can express the action of the entire multitude. Perhaps this is the moment of the end of the historical cycle of social democracy and the beginning of the democracy of the multitude.“<sup>36</sup>

Gemäß den Prinzipien des WSF versteht sich dieses Forum als „ein Raum für Organisationen und soziale Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich gegen Neoliberalismus und gegen die Weltherrschaft des Kapitals sowie gegen jede Form des Imperialismus wenden.

Ausgeschlossen sind jene, die Gewalt anwenden, oder militärisch operieren. Außerdem positioniert sich das Forum gegen alle totalitären und reduktionistischen Sichtweisen der Wirtschaft, der Entwicklung und der Geschichte sowie gegen Gewalt als Mittel sozialer Kontrolle durch den Staat. In diesem Sinne hat sich seit 2001 – festgehalten in der Charta des WSF - eine gemeinsam definierte Pluralität gegen neoliberale Globalisierung herausgebildet, die in sich widersprüchlich bleibt: „that this movement is in danger to be locked in the same traps as movements of emancipation in the past. Thomas Ponniah, identifying “six key divergences” inside the World Social Forum, put the contradiction of “*revolution* versus *reform*” on the top of the list.“<sup>37</sup> Darüber hinaus werden die zentralen Widersprüche Umwelt versus Wirtschaft, Menschenrechte versus Protektionismus artikuliert und die verschiedenen Ebenen und Formen des Politischen unterschiedlich gewichtet.

Eine der zentralen Fragen und Probleme ist die Formulierung zweier gegensätzlicher Ziele innerhalb des Forums: "one is the desire of some civil society groups to be part of the global governance process; the other is the determination of many groups to protest and resist". Entscheidend für die Entwicklung der Foren wird sein, ob es die Balance zwischen beiden Polen halten und das in dieser Frage steckende Spannungsverhältnis mit einer übergreifenden

---

<sup>35</sup> nachfolgende Ausführungen beziehen sich auf den Beitrag von Achim Wahl: Die Sozialforen – eine politische Innovation oder eine Bewegung ohne Zukunft (Betrachtungen zur Entwicklung des Weltsozialforums, Sao Paulo, 2004)

<sup>36</sup> Thomas Ponniah and William F. Fisher (2003) Another world is possible. Introduction

<sup>37</sup> Under A Tree in Porte Alegre: Democracy In Its Most Radical sense. Thomas Ponniah And William Fisher Interviewed By Solana Larsen for Open Democracy. In: Jai Sen, Anita Anand, Arturo Escobar, Peter Waterman: World Social Forum. Challenging Empires. New Delhi: The Viveka Foundation 2003, p. 178.

und sich selbst einschließenden Forderung zur "reinvention of democracy" kompensieren kann. Ein solches breitest mögliche Bündnis ist die Voraussetzungen für: "the reinvention of society such that the mode of economic production, the structures of political governance, the dissemination of scientific innovation, the organization of the media, social relations and the relationships between society and nature, are subjected to a radical, participatory and living democratic process." Das verlangt auch "the radical transformation of the existing class, gender and racialized relations of power that prohibit the full functioning of democracy"

In diesem Zusammenhang stellt sich auch immer wieder die Frage nach dem Verhältnis von sozialen Bewegungen, NGO's, Gewerkschaften und Parteien und nach deren unterschiedlichen Ansätzen und deren politischer Praxis. Die Stärke sozialer Bewegungen liegt in ihrer Fähigkeit, neue Ideen aufzugreifen, und zu entwickeln. Dafür aber ist ihre Autonomie unverzichtbar. Zugleich besteht umgekehrt ihre Schwäche darin, dass sie direkt keine Rechte garantieren können, vor allem nicht im Hinblick auf schwächere Bevölkerungsteile wie Indigene und Landlose, sondern hierbei auf den Staat und die Interessen vermittelnde Rolle der Parteien angewiesen sind. Auch in den Zeiten der Globalisierung zeigt sich, dass die nationalstaatlichen Kontexte nicht an Bedeutung verlieren, sondern maßgeblich das Verhältnis von Parteien, NGO's und sozialen Bewegungen bestimmen. Wo der Staat nicht in der Lage ist, zentrale Verantwortlichkeiten zu erfüllen, übernehmen dies NGO's und können so auch zu einem Instrument neoliberaler Politik werden.

### **3.2 Der offene Raum der Sozialforen**

Die Bedeutung des offenen Raumes der Sozialforen ergibt sich aus der Zwischenstation der Auflösung fordristischer Sozialstrukturen und Akteurskonstellationen ohne, dass ein neuer Raum bereits gefunden wurde. Zugleich ist er die Antwort auf die Reduktion der öffentlichen Räume in Folge neoliberaler Entwicklungen.

Es ist kein hierarchiefreier Raum, aber es gibt darin „keine Pyramide der Macht“. Es gibt keinen Eigentümer neben allen, aber die Verantwortung aller. Er ist nicht einfach nur ein Raum für Events, sondern Raum, der Prozesse ermöglicht, d.h. ein Forum der Bewegung. Bewegung, die für Bewegungen zum Teil als Gefahr für das Forum selbst gesehen wird, weil Bewegung heißt Akteure zu verbinden, mit der Absicht, gemeine Ziele zu realisieren, dafür Strategien zu entwickeln, Schritte zu formulieren und Handlungsrollen in einer Organisation zu verteilen, darunter die der Führung. Der Raum dagegen ist führungslos, er hat keinen Sinn außer sich. Es ist dennoch kein neutraler Raum, sondern ein Inkubator für Bewegungen und ihre Vernetzung und ihr politisches Handeln. Politische Aktionen selbst, die über diesen Handlungszweck hinausgehen, sind kein Ziel des Forum. Auch nicht, wenn es sich um Positionierungen oder Aktionen gegen den Irak-Krieg handelt. Es ist ein Raum, dessen Autonomie wie sie etwa die feministische Bewegung als politisches Verfahren konzipierte, die Fähigkeit und Kraft zur Gegenhegemonie kommt. Der Raum selbst bewegt sich im Feld, im Verhältnis zur Macht und kann somit Raum für Bewegungen sein. Es ist nicht nur ein Raum für Politik, sondern ein Raum, der politisch konstruiert und schon deshalb ein locus politicus ist. Er existiert im Namen einer organischen sozialen Bewegung, einer globalen Bewegung und führt auf seinen Podien, Konferenzen und in seinen Workshop zusammen: unterschiedliche lokale, regionale oder weltweite Organisationen, Gruppen, Initiativen, Basisgruppen, Vereinen und Verbände finden sich in diesem Raum zusammen für identitätsstiftende Symbolpolitik und auf der Suche nach konkreten Alternativen, nach Projekten in lokalen, regionalen und globalen Zusammenhängen.



Der Prozess der Formierung von Kräften gegen die neoliberale Globalisierung ist noch nicht abgeschlossen. Noch ist unklar, ob die Ressourcen traditioneller Akteure ausreichen, die Krise des historischen Blocks zu überwinden und die Potentiale neuer sozialer Bewegungen in einem dynamischen Prozess weiterentwickelt werden können. Ob die Bewegungen ihre Dynamik zur Entfaltung und Bündelung von Kräften gegen eine neoliberale erhalten bleibt, oder ihre inneren Widersprüche zur Verlangsamung von Bewegung führt. Offen ist ebenso, ob und wie sich ein neuer historischer Block der linken mit alten und neuen Akteuren konstituieren kann und ob dieser tatsächlich zum Umbruch gesellschaftlicher Verhältnisse drängt und alternative Wege und Projekte entwickeln kann und die eine positive Aufhebung des Privateigentums als Aneignung menschlichen Lebens verknüpfen kann mit der Fähigkeit gesellschaftlichen Reichtum zu produzieren.